

Für ein soziales und menschenfreundliches Nordfriesland

**Kommunalwahlprogramm
DIE LINKE.Nordfriesland
zur Kommunalwahl
am 25.Mai 2008**

I. Präambel	Seite 2 – 3
II Inhaltliches Vorwort	Seite 4
III. Programmatik	Seite 5 – 27
1. Arbeit und Soziales	5 – 10
2. Wirtschaftliche Entwicklung unserer Region	11 – 14
3. Verbesserte Konzeption zur Verkehrsanbindung und zur Mobilität der Bürgerinnen und Bürger	15 – 18
4. Gesundheit	19 – 22
5. Gesellschaftspolitik	23 – 28
IV Schlusswort	Seite 29

I. Präambel:

DIE LINKE ist eine sehr junge Partei, die das Parteienspektrum erst seit 2007 bereichert. Als konsequente Friedenspartei und mit ihrem strikt antifaschistischen Anspruch stehen wir in Opposition zur herrschenden Politik im Land. Dessen ungeachtet sind wir gerne bereit Verantwortung zu übernehmen. Wir werden aber ausschließlich mit Parteien zusammenarbeiten, die die Würde des Menschen als unantastbar ansehen. Das bedeutet, dass es mit uns keine Politik der sozialen Ungerechtigkeit gibt, keine Politik der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Diskreditierung.

Unser Landkreis sowie die Städte und Gemeinden in Nordfriesland werden in den kommenden Jahren vor eine Vielzahl neuer Herausforderungen unter komplizierten Rahmenbedingungen gestellt. Wir wollen kommunalpolitische Entscheidungsprozesse stärker in die Gesellschaft hinein verlagern, sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorbereiten und umsetzen. Ein adäquates Mittel ist der Volksentscheid.

Jede kommunalpolitische Entscheidung gehört auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden stets fragen, ob und wie die Chancengleichheit für die vielen Benachteiligten verbessert, die vielfältigen Formen des Zusammenlebens von Menschen respektiert und gefördert und die Folgen von Armut durch Hilfe und Selbsthilfe bekämpft werden kann.

In einer Ära des Sozialabbaus und des absoluten Sparens will **DIE LINKE.Nordfriesland** in unserem Landkreis neue Aspekte einbringen. Wir möchten dem Kurs zur Umverteilung von Unten nach Oben Alternativen und frischen Wind entgegensetzen und unsere kommunalpolitische Kompetenz bei der Stärkung des Kreises Nordfriesland einbringen.

Die Gründung unseres Kreisverbandes im Juni letzten Jahres war daher eine politische Notwendigkeit. Weder in Nordfriesland, noch in Schleswig-Holstein gab es bis dahin eine deutschlandweit agierende Partei, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.

CDU und SPD bilden auf Landesebene eine große Koalition, die eine Spur der Verwüstung hinter sich herzieht. Ihre Politik stößt teilweise auf völliges Unverständnis selbst in den Reihen der Koalitionsparteien. Nicht zuletzt die Auflösung des CDU-Ortsverbandes Bredenbek im Dezember letzten Jahres belegt den Frust, der durch die BürgerInnenfeindliche Politik der Regierung entstanden ist.

Auf Kreisebene bestimmt die CDU seit der letzten Kommunalwahl mit absoluter Mehrheit. Mit 27 Sitzen hat sie 2 VertreterInnen mehr im Kreistag, als alle anderen Parteien zusammen. Das Ergebnis dieser Zusammensetzung ist eine Politik des Sozialabbaus. Immer mehr Menschen in Nordfriesland geht es schlecht. Eine erste Quittung für diese Politik haben CDU und Bündnis 90 / Grüne, die sich der CDU mehr und mehr angepasst haben, bereits bei der Landratswahl 2007 erhalten. Die gemeinsame Spitzenkandidatin und als Favoritin gehandelte Dr. Gabriele Lamers verlor gegen Dieter Harrsen, der von SPD, SSW und Wählergemeinschaft NF unterstützt wurde. Damit wird deutlich, dass die Nordfriesinnen und Nordfriesen sich eine andere Politik wünschen.

Und es hat sich herauskristallisiert, dass die Kommunalwahl dringend notwendig geworden ist. Denn CDU und Bündnis 90 / Grüne haben zusammen 30 Sitze gegenüber 22 Sitzen der anderen drei Parteien. Dieses politische Machtverhältnis wurde durch die Landratswahl ad absurdum geführt. Wer den Wahlkampf zur Landratswahl beobachtet hat, konnte sehen, dass Schwarz – Grün mit einem wesentlich höheren Etat operiert hat, als Dieter Harrsen. Doch trotz massiver Einmischung in einen kommunalen Wahlkampf von CDU-Vorzeigepolitiker und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ist es nicht gelungen Frau Dr. Lamers zu etablieren.

DIE LINKE.Nordfriesland will der Politik des Sozialabbaus, die von der CDU hier im Kreis so energisch betrieben wird, entgegenwirken. Wir stehen für mehr soziale Gerechtigkeit und sehen uns als soziales Gegengewicht zur CDU aber auch zu den anderen etablierten Parteien, die nichts unternommen haben, um den Sozialabbau zu verhindern.

DIE LINKE.Nordfriesland steht dafür, die Entwicklung in unserer Heimat optimal zu gestalten. Wir setzen uns dabei vor allem für die Interessen der Bevölkerung ein, ohne die berechtigten Interessen von Ökologie und lokaler Ökonomie außer Acht zu lassen. Dabei geht es darum die Schere zwischen Arm und Reich wieder zuzumachen. Daher sind unsere Ziele klar definiert:

- ✓ Wir wollen Politik machen für die Arbeitslosen und diejenigen, die ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.
- ✓ Wir wollen Politik machen für die, die nicht wissen, wie sie ihren Kindern das Mittagessen in der Schule bezahlen können.
- ✓ Wir wollen Politik machen für Rentnerinnen und Rentner, die von Jahr zu Jahr weniger in der Tasche haben.
- ✓ Wir wollen Politik machen für die, die nicht wissen, wie sie ihre Kinder gesund aufziehen sollen
- ✓ Wir wollen Politik machen für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, denen nach Abschluss der Schule oder des Studiums nur die Alternativen Arbeitslosigkeit oder Wohnortwechsel offen stehen.
- ✓ Wir wollen Politik machen für die, denen die Gesundheitsreformen das Arbeiten zur Qual macht.
- ✓ Wir wollen Politik machen für die, denen von Großkonzernen die Luft zum Leben abgedreht wird. Kleine und mittelständische Firmen, Selbständige und Freiberufler.
- ✓ Wir wollen Politik machen für die, die immer öfter Opfer des neofaschistischen Terrors werden, weil sie eine andere Hautfarbe, Religion, Abstammung oder politische Meinung haben.

Daher wird **DIE LINKE.Nordfriesland** am 25.Mai 2008 mit offenen Listen zu den Kommunalwahlen antreten. Wir fordern politisch interessierte Menschen, die sich in die nordfriesische Kommunalpolitik einmischen wollen, auf, sich an der Entwicklung unseres Wahlprogramms zu beteiligen, und sich auf unserer Liste zur Wahl zu stellen.

II. Inhaltliches Vorwort:

Wir wollen ein soziales Gegengewicht zu den etablierten Parteien darstellen, sind uns jedoch dessen bewusst, dass wir unser Ziel – nämlich die Lebensverhältnisse der Menschen in Nordfriesland insgesamt und der sozial schlechter gestellten Menschen im Besonderen zu verbessern - nicht erreichen können, ohne den Gesamtzusammenhang zu betrachten. Daher sind die Schwerpunkte unseres Programms in den Bereichen „Soziales und Gesundheit“, „Wirtschaft und Tourismus – wirtschaftliche Entwicklung unserer Region“ sowie „Verkehr – verbesserte Konzeption zur Verkehrsanbindung und zur Mobilität der Bürgerinnen und Bürger“ angesiedelt.

Mit unseren dänischen Nachbarn bilden unser Landkreis, der Kreis Schleswig- Flensburg und die Stadt Flensburg bereits seit September 1997 die europäische Grenzregion Sønderjylland – Schleswig. Neben kulturellen Kontakten sind uns auch die wirtschaftlichen Kontakte wichtig und werden deshalb besonders gepflegt. Vor allem die Kooperation mit Arbeitgebern in Dänemark, die deutsche Arbeitslose in Lohn und Brot bringen, erscheint uns dringend notwendig.

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen an der Westküste müssen gemeinsam auf deutscher und dänischer Seite gefordert und gefördert werden. Zunehmend größere Bedeutung erhält die grenzübergreifende Zusammenarbeit – auf politischer Ebene ebenso, wie die Förderung von Zweckverbänden, deren Ziel es ist den Standort Nordfriesland zu stärken, um die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion zu verbessern.

Die im Folgenden aufgeführten Grundsätze greifen sicherlich nicht alle allgemeinpolitischen Themen auf. Aber auch dort gelten selbstverständlich die vielfältigen Programme und Beschlüsse unserer Partei. Im nachfolgenden Programm wollen wir vielmehr die Besonderheiten für unseren Kreis Nordfriesland aufzeigen.

III. Programmatik:

Bereich 1: Arbeit und Soziales

Soziale Gerechtigkeit beginnt In den Kommunen

Die Gründung der Partei DIE LINKE. ist die Antwort auf die Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Zugewinns von unten nach oben, wie sie ihren drastischen Ausdruck in der Agenda 2010 gefunden hat.

DIE LINKE. ist die Partei aller, die sozial verantwortlich denken und handeln. Wir wollen die Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um zusammen mit allen interessierten Menschen im Kreis – ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, LehrerInnen und SchülerInnen, Ärzten und Patienten und besonders den Familien – mit den alten und neuen sozialen Bewegungen, den Vereinen und Verbänden vor Ort erfahrbare Verbesserungen für alle Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

1.1. Die Arbeitslosigkeit bekämpfen, nicht die Arbeitslosen

Ohne ausreichende, Existenz sichernde Arbeits- und Ausbildungsplätze ist Nordfriesland weder lebens- noch zukunftsfähig. Damit dieses Ziel erreicht wird, muss der Kreis künftig erheblich mehr leisten. Wir wollen:

- ✓ Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, das heißt Tarifarbeitsplätze im öffentlichen Auftrag. Auch wenn der Kreis hier nicht alleine bestimmen kann, müssen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden, so wie es zurzeit schon in Berlin oder in einzelnen Städten in den neuen Bundesländern geschieht. Öffentlich geförderte Beschäftigung, klug angewendet in klug geplanten Projekten, bedeutet nicht Kosten, sondern hohen Nutzen für den Kreis.
- ✓ Den Aus- und Umbau der Kommunalwirtschaft.
Kommunale Betriebe sind nicht ausschließlich dazu da, den Inhabern Rendite zu erwirtschaften, sie erfüllen für Kreis und Kommunen auch wichtige soziale Funktionen. Den Stadtwerken als einem der großen Arbeitgeber in den Städten fallen bei Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen in ihrem ureigensten Interesse Vorbildfunktionen zu, die politisch durchgesetzt werden müssen. Der ÖPNV muss wieder durch heimische Betriebe gewährleistet werden, die ein Interesse daran haben Nachwuchs aus Nordfriesland auszubilden.
- ✓ Sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen statt Ein- Euro-Jobs.
Davon zu reden, „wer nur arbeiten will, der findet auch etwas“, ist in höchstem Maße zynisch. Menschen in Ein-Euro-Jobs zu zwingen, nur um diese Statistik nicht noch grausamer aussehen zu lassen ist zutiefst Menschen verachtend. Die Politik muss ihre Verantwortung und ihre Entscheidungsbefugnisse wahrnehmen und so dafür sorgen, dass endlich wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Nur so entsteht auch die Nachfrage, die zur wirtschaftlichen Erholung

dringend notwendig ist. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Firmen mit der Selbstverpflichtung von Zahlung eines Mindestarbeitslohnes von mindestens 8,44 Euro und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen vergeben werden.

1.2. Harz IV und Folgen überwinden

Der politischen Auseinandersetzung zur Überwindung der Harz IV - Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene schließen wir uns inhaltlich an: Hartz IV muss weg! Wir sind uns aber auch bewusst, dass dieses langfristige Ziel den Menschen heute nicht hilft. Deshalb wollen wir Initiativen starten und realistische Forderungen aufstellen, die den betroffenen Menschen ein Stück weit ihre Würde zurückgeben.

- a) Nordfriesland ist ein optierender Kreis. **DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass diese „heilige Kuh“ genauestens überprüft wird. Danach muss es auch möglich sein, dass die Option zurückgegeben wird, wenn dies sinnvoll erscheint. Es geht hier um die Menschen und nicht um das Ego einiger MitarbeiterInnen der Verwaltung. Die Fülle der nachfolgenden Punkte, die alle den Bereich Hartz IV betreffen, verdeutlicht, wie wichtig eine Offenheit der Politik in dieser Angelegenheit ist.
- b) Der Kreis als Hauptverantwortlicher hat die Möglichkeit, Zwangsumzüge und überzogene Sanktionsmaßnahmen zu verhindern.
- c) Ein Fortbildungswesen aufzubauen, das diesen Namen verdient, erscheint uns unumgänglich. Wenn schon „Fordern und Fördern“, dann auch richtig!
- d) Schluss mit der Kategorisierung von arbeitslosen Menschen. Hier werden Menschen „aussortiert“. So wird ihnen die letzte Chance genommen wieder Arbeit zu finden. Mittel dürfen nicht nur für die eingesetzt werden, die relativ leicht in Arbeit vermittelt werden können. Gleiche Chancen für alle anstelle von Ausgrenzung und Abschiebung!
- e) Die Einführung eines unabhängigen Kontrollgremiums ist lange überfällig. **DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass die Entscheidungen kontrolliert werden, die in den Sozialzentren und der übergeordneten Instanz, dem „Amt für Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit“, getroffen werden. Wenn extra MitarbeiterInnen bei diesem Amt eingestellt werden, damit die Flut der Widersprüche gegen falsche Bescheide bewältigt werden kann, haben Politik und Verwaltung bislang versagt. Hier gilt es dringend die Erfahrung von sozialpädagogisch und sozialmedizinisch geschultem Personal in diese Kontrollinstanz einfließen zu lassen. Des Weiteren setzt sich **DIE LINKE** dafür ein, dass dieses Gremium auch durch Vertreter von Selbsthilfeorganisationen bereichert wird, damit die praktische Auswirkung von Auslegungen des Gesetzestextes Beachtung findet.

Diese Kontrollinstanz schafft nicht nur ein besseres Klima bei allen Betroffenen, sondern entlastet letztlich auch die Kassen, da Folgekosten vermieden werden. Daher sollte das Gremium nicht nur für Hartz IV gelten, sondern für alle Gebiete im sozialen Bereich, wie beispielsweise der ambulanten Eingliederungshilfe nach SGB XII.

- f) Offiziell sind die Agentur für Arbeit und die Sozialzentren zur umfassenden und bestmöglichen Beratung ihrer „Kunden“ verpflichtet. Die hohe Zahl an Widersprüchen sowie die Tatsache, dass das Ressort von Frau Dr. Lamers laut eigener Aussage eine Kategorisierung von arbeitslosen Menschen als sinnvoll erachtet, zeigen den wahren Stellenwert, den der Kreis dieser Aufgabe gibt. **DIE LINKE** fordert daher die erneute Einrichtung von freien, unabhängigen Beratungsstellen. Diese müssen auch finanziell gefördert werden. Diese Förderung bei den entsprechenden Stellen in Land und im Bund durchzusetzen muss Aufgabe der Politik im Kreis sein.

Selbsthilfeorganisationen wie HEMPELs, die Erwerbslosen-Initiative NF und andere gehören unserer Meinung nach unbedingt in die Arbeitsgemeinschaft von freien, unabhängigen Beratungsstellen integriert. Die Erfahrungen von Betroffenen gepaart mit dem Wissen von Beratern kommerzieller Beratungsstellen (z.B. Wohnungslosenhilfe der Diakonie) ist extrem wertvoll.

- g) Kommunale Hilfsangebote wie Tafeln, Mittagstische, Notübernachtungen und Obdachlosenunterkünfte sowie Kleider- und Möbelkammern müssen an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Die Schließung des Werkhofs auf Eiderstedt beispielsweise war gegenüber den Menschen, die auf preiswerte Möbel angewiesen sind, ein Akt der Unmenschlichkeit. Für diese Anpassung ist eine sinnige Evaluierung und Planung unerlässlich. Momentan reagieren die Verantwortlichen meist nur auf Momentaufnahmen. Hier muss von der Politik in Kooperation mit der Verwaltung und dem Land SH ein sinnvolles, langfristig angelegtes Konzept erarbeitet werden,

1.3 Adäquater Wohnraum für alle Menschen

In Nordfriesland finden längst nicht mehr alle Menschen adäquaten Wohnraum. Dies liegt sehr stark daran, dass das natürliche Preisniveau durch Hartz IV destabilisiert worden ist. Dies wiederum ist in einer teilweise ungesetzlichen Verwaltungspraxis begründet, die die VermieterInnen verschreckt:

- Die vorliegenden Mietspiegel – sofern es welche gibt – sind rein willkürlich. Anhand eines fundierten Mietspiegels könnten die Mietobergrenzen begründet für den ganzen Kreis angepasst werden. So hätten Vermieter nicht die Sorge, dass sie finanzielle Nachteile hätten und weniger Miete erhielten, wenn sie an Hartz IV – EmpfängerInnen vermieten. Das Gesetz sagt hierzu, dass die Miete „in angemessener Höhe“ übernommen werden muss. Viele Vermieter sind auf die Mieteinnahmen angewiesen. Um die Vermietung an von Hartz IV Betroffene schmackhaft zu machen, sollte die Miethöchstgrenze regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.
- Derzeit dürfen Betroffene nicht die gesamte Wohnung heizen. Das führt häufig zu Wohnungsschäden, deren Behebung der Vermieter finanzieren muss, da die anfallenden Kosten nicht im Hartz IV –Satz enthalten sind. Die Folgen kalter und feuchter Wohnungen in Form von Krankheiten wie Infektionen und Allergien tragen die Betroffenen.

Dies ist schlicht moralisch verwerflich und ungesetzlich, wie auch das Urteil „L 8 AS 427/05 ER“ des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen belegt. Denn laut Gesetz müssen die tatsächlichen Heizkosten in voller Höhe übernommen werden

Die Verwaltung, als ausführendes Organ der Politik, konnte in Nordfriesland das

Gesetzbuch bislang auslegen, wie sie wollte. Damit muss Schluss sein! DIE LINKE stellt auch hier wieder die Forderung nach einer unabhängigen Kontrollinstanz. Zudem fordert sie ein sofortiges Ende dieser ungesetzlichen Verwaltungspraxis. Neben dem Unrecht, dass Menschen erfahren, die von Hartz IV betroffen sind, erfahren bei der bisherigen Praxis auch Vermieter Unrecht, die Renovierungskosten haben, für die sie im Normalfall gar nicht aufkommen müssten.

Die Gesamtzahl der Fälle, in denen der Soziale Dienst des Sozialzentrums Husum und Umland zur Vermeidung von Obdachlosigkeit tätig wurde und die direkte Gefahr der Obdachlosigkeit bestand, ist in 2007 mit 131 Fällen auf dem höchsten Stand seit 14 Jahren angelangt: Hier muss die Politik Wege finden um die Fehler, die in der letzten Legislaturperiode gemacht worden sind, wieder auszubügeln. Der rücksichtslose Verkauf von kommunalen Wohnungen, die nun dringend benötigt werden, war ein schlimmer Fehler. Dass Menschen vom Sozialzentrum nun in Bauwagen untergebracht werden, ist nicht menschenwürdig, kann die Gesundheit schädigen und hätte es mit der **LINKEN** nicht gegeben.

Aber auch die Wohnungsbaugenossenschaften haben jegliches gesellschaftliches Verantwortungsgefühl verloren:

- In Husum herrscht besonders für kleine Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern regelrecht Wohnungsnot, weil Wohnungsgesellschaften wie die GEWOBA große Teile ihres Wohnungsbestandes, z. B. in der sogenannten Gewoba - Siedlung Husum Nord-West an der Schobüller Straße leer stehen lassen und nicht mehr zur Vermietung zur Verfügung stellen.
- Ebenso ist es gängige Praxis bei Wohnungsunternehmen, nicht mehr an Personen zu vermieten, die verschuldet sind, so dass durch diese Praxis große Teile der Empfänger von ALG-II und andere Personen mit geringem Einkommen vom Wohnungsmarkt regelrecht ausgeschlossen sind.

Dieses Verhalten ist bar jeglichen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins. Solche Firmen, die ausschließlich Gewinnmaximierung anstreben ohne die Folgen zu bedenken, brauchen wir in Nordfriesland nicht.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass es zukünftig ausreichend und geeigneten Wohnraum für alle gibt.

1.4. Kinder sind unsere Zukunft

Auch in Nordfriesland sind Kinder von Armut betroffen. Dies ist eine Schande für unseren Kreis. Nicht nur, dass es Kinder gibt, die ohne Ranzen und andere Ausstattung zur Schule gehen müssen. Nicht einmal ein tägliches warmes Essen steht für sie bereit. Von gesunder Ernährung zuhause mit viel Obst, Gemüse und Fisch können sie nur träumen. Darüber kann auch der Ernährungsplan des Herrn Sarrazin nicht hinwegtäuschen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien eine Schul-Grundausrüstung und ein Weihnachtsgeschenk erhalten. Dabei honorieren wir die Hilfsbereitschaft von Menschen, denen es besser geht, fordern aber in der Hauptsache den Einsatz städtischer Leistungen.

Zudem fordern wir für alle Kindergarten- und Schulkinder ein gesundes zweites Frühstück und ein warmes Essen, an dessen Kosten die Eltern nach ihrem Einkommen gestaffelt beteiligt werden. Die Beseitigung von Kinderarmut geht uns alle an und muss eine der Hauptaufgaben kommunalen Handelns sein. Wer heute Kinderarmut toleriert, wird morgen mit Jugendkriminalität leben müssen. Wer heute ungesunde Lebensweise bei Kindern toleriert, wird morgen die chronischen Erkrankungen therapieren müssen. Kein Kind in Nordfriesland soll ungesund leben oder gar hungern müssen!

Zusätzlich werden wir uns dafür stark machen, dass die Lebenshaltungskosten sinken. Innovative und investigative Projekte im Bereich (Hilfe zur) Selbsthilfe werden unsere volle Unterstützung haben. Schließungen von wertvollen Hilfsangeboten wie dem Werkhof auf Eiderstedt wird es mit uns nicht geben.

1.5. Gutes Geld für gute Arbeit

Arbeitgeber, die Hungerlöhne bezahlen, brauchen wir in Nordfriesland nicht. Wir werden uns im Kreistag dafür einsetzen, dass weiterhin nur Betriebe, die tariflich gebunden sind oder einen Mindestlohn von **8,44 €** bezahlen, bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden.

1.6. Menschenfreundliches Nordfriesland

Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis wohl fühlen. Die Initiative der Zukunftskonferenz „Husum 2030“ war lobenswert, reicht aber bei weitem nicht aus. Wir wollen für unseren Kreis ein Leitbild entwickeln, das den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns von Politik und Verwaltung stellt. Dabei sind finanzielle Mittel nicht unwichtig. Mindestens ebenso notwendig ist aber, dass die Menschen mit ihren Fähigkeiten und Wünschen ernst genommen werden. Aufbauend auf den Erfahrungen von „Husum 2030“ und Aktivitäten in anderen Städten werden wir hier einen für Nordfriesland ganz neuen Ansatz suchen.

1.7. Umfassende Teilnahme aller am sozialen und kulturellen Leben

Auch ohne von Harz IV betroffen zu sein, können es sich viele Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr leisten, am sozialen und kulturellen Leben teil zu nehmen. Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen unterscheiden sich von Harz IV-Betroffenen oft nur durch den Status und nicht durch die finanziellen Verhältnisse.

Wir wollen, dass auch diese Menschen am Leben in Nordfriesland teilhaben können. Dazu fordern wir die Einführung eines BürgerInnenpasses, mit dem es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden soll, zu besonders günstigen Konditionen am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen.

Als besonders wichtig erscheint uns hier auch der ÖPNV. In unserem Flächenkreis muss es auch Menschen mit weniger Einkommen – ob sie arbeitslos, Rentner oder Geringverdiener sind – ermöglicht werden sich frei zu bewegen, um z.B. die entfernte Arztpraxis zu erreichen. Daher streben wir einen Pass an, der Schleswig-Holsteinweit gültig ist.

Die Politik muss die Nord-Ostsee-Sparkasse (NOSPA) als Anstalt des öffentlichen Rechts dazu bewegen, dass dort Guthabenkontos für jeden verpflichtend eingerichtet werden müssen, so dass niemand in Nordfriesland mehr ohne ein Girokonto dasteht.

Bereich 2: Wirtschaftliche Entwicklung unserer Region

Kommunale Wirtschaftspolitik muss eine aktive und gestaltende Rolle spielen. Die Linke wird eine aufmerksame Ansprechpartnerin sein, damit das im Kreis ansässige Handwerk und Gewerbe in seiner Entwicklung unterstützt, die Chancen des ländlichen Raums genutzt und die Potenzen des Kreises als Standort für Landwirtschaft und Tourismus, aber auch für Wissenschaft und Technik ausgebaut werden können.

Die folgenden Schwerpunkte zeigen, wie wichtig es uns ist verantwortungsvolle Politik vor Ort zu machen:

2.1 Themen der Wirtschaft:

Unsere kommunale Wirtschaftsförderung muss sich auf die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen konzentrieren, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Das produzierende Gewerbe aber auch die Erholung und der Tourismus werden hierbei weiterhin einen Schwerpunkt bilden. Insofern ist uns sehr daran gelegen uns und unseren Nachkommen einen intakten Lebensraum zu hinterlassen:

2.1.1. Für zukunftsfähige kommunale Unternehmen

Kommunale Unternehmen und Gesellschaften sollen zukunftssicher strukturiert werden. Wir sind gegen den Ausverkauf kommunalen Eigentums. In kommunalen Betrieben und Einrichtungen sind kontinuierlich Ausbildungsplätze bereitzustellen und nach Möglichkeit vielen Ausgelernten mindestens befristete Ersteinstellungen anzubieten, wenn eine unbefristete Übernahme nicht möglich ist. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll so gestaltet werden, dass sich kleine einheimische Betriebe erfolgreich an einer Ausschreibung beteiligen können.

Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt und die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit kommunaler Unternehmen. Unser Ziel ist es, die gesamte Palette der Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigentum zu betreiben, Dazu gehört die Rekommunalisierung der Verkehrsbetriebe genau wie der Widerstand gegen weitere Privatisierungen.

2.1.2. Für öffentlich geförderte Beschäftigung

Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. Hartz IV hat mehr Probleme verursacht als gelöst. Wir wollen, dass aus Ein-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen können.

Ein so öffentlich geförderter Beschäftigungssektor kann einen Beitrag leisten zur öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze sollen dort entstehen, wo heute Jugendliche und Senioren allein gelassen werden oder Kultur- und Sportarbeit nicht stattfindet, weil die Kommunen am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten sind und die Wirtschaft davon nicht profitiert.

DIE LINKE sieht sich in der Pflicht, nicht nur Widerstand gegen die Diskriminierung von Hartz IV-Empfängern zu leisten, sondern auch jeden kommunalen Spielraum im Interesse der Betroffenen zu nutzen.

2.1.3. Welterbe Wattenmeer – Chance und Verpflichtung

Das Wattenmeer vor unserer nordfriesischen Küste ist eine der letzten Naturlandschaften Mitteleuropas und hat eine herausragende Bedeutung im globalen Ökosystemverbund.

Als eines der größten Feuchtgebiete der Erde, mit einer Gesamtfläche von 13.000 Quadratkilometern, bietet die Naturlandschaft an der Nordseeküste jedes Jahr zwölf Millionen Zugvögel Raum.

Die Anerkennung des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer-Nationalparks wäre der Ritterschlag der Weltgemeinschaft zu einem der weltweit bedeutendsten Naturgebiete. Die Anmeldung zum Weltnaturerbe bringt keine zusätzlichen Einschränkungen für die Region mit sich, sie eröffnet jedoch zusätzliche Potentiale, zum Beispiel im Tourismus. Die Anerkennung als Weltnaturerbe wird die internationale Aufmerksamkeit auf das Gebiet lenken und weitere Touristen an die Nordsee locken.

Deshalb wird sich **DIE LINKE** mit aller Kraft für die Anerkennung einsetzen.

2.1.4. Für die ökonomische und umweltfreundliche Windkraft

Die Nutzung der Windkraft ist eine umweltfreundliche Form der Energiegewinnung und gleichzeitig sehr wirtschaftlich:

Wind ist eine unerschöpfliche Energiequelle. Während des gesamten Lebenszyklus einer Windkraftanlage – das sind rund 20 Jahre – lässt sich das 60-80-fache der eingesetzten Energie gewinnen.

Windkraftanlagen stoßen während ihres Betriebes weder Treibhausgase aus noch brauchen sie die Zufuhr von Brennstoffen. Was an Energie für Bau, Betrieb und Demontage einer Windkraftanlage eingesetzt werden muss, hat sie schon in kurzer Zeit wieder produziert.

Vergleicht man den Kohlendioxid-Ausstoß von Windkraftanlagen und konventionellen Kraftwerken, so tun sich beträchtliche Unterschiede auf: Pro Kilowattstunde Strom aus Windkraft gelangen ganze elf Gramm Kohlendioxid in die Atmosphäre. Wird die gleiche Strommenge aus Kohle erzeugt, fallen 750 bis 960 Gramm CO₂-Emissionen an, bei Gaskraftwerken etwa 370 bis 430 Gramm.

DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass das Thema in der Prioritätenliste im Kreis weiter oben bleibt. Innovative Projekte werden unsere Unterstützung erhalten.

Besondere Unterstützung verdient auch die neu gegründete Kooperation zwischen der Messegesellschaft aus Husum und der Hamburg Messe. Die neue Fachmesse soll zu einer gemeinsamen internationalen Windleitmesse werden. Wenn die Messe HUSUM *WindEnergy* am 9. September 2008 ihre Tore öffnet, werden Zehntausende von Besuchern und Ausstellern in die Stadt an der Nordsee hoch im Norden Deutschlands kommen – und ihre Zahl für einige Tage die der Einwohner übertreffen. Dies ist nicht nur der Startschuss für eine international gefestigte Position auf dem Markt. Es bedeutet auch, dass viele kleinere Husumer Betriebe ein kleines Stück vom großen Kuchen abbekommen. So wird der Wirtschaftsstandort Nordfriesland gestärkt.

2.1.5. Für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Die Zukunft des ländlichen Raumes wird von einer vielfältigen Wirtschaft geprägt. Neben der traditionellen Wirtschaft geht es vor allem um Wirtschaftszweige mit hohem Innovationspotential, wie dem Anbau und der Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe.

Lebendige ländliche Räume bedürfen dabei einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Aktivierung aller Möglichkeiten vor Ort. Dazu sind Ansätze regionaler Entwicklungskonzepte zu nutzen und die Vorschläge zu den „ländlichen Struktur und Entwicklungsanalysen“ weiter auszubauen und umzusetzen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe durch Anbau, Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung einheimischer Produkte sind eine Möglichkeit die Wirtschaftskraft des Kreises zu entwickeln.

2.1.6. Gegen den Verkauf der Schleswig-Holsteinischen Staatsforsten

Das Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein mochte gerne die Staatsforsten verkaufen und hat bereits private Kaufinteressenbekundungen eingeholt.

Auch wenn die Landesregierung überraschend mitgeteilt hat, dass der Verkauf nicht mehr realisiert wird, steht zu befürchten, dass die Planungen des Ministeriums noch nicht abgeschlossen sind.

Dagegen verwahrt sich **DIE LINKE** aufs Schärfste! Der Wald gehört den Bürgern und nicht der Regierung und der Lebensraum Wald ist fest eingebunden in das touristische Angebot des Kreises Nordfriesland. **DIE LINKE in Nordfriesland** wird sich entschieden dafür einsetzen, dass dies auch so bleibt – notfalls mit Hilfe eines Volksentscheides. Mit uns wird es keine Privatisierung und damit auch keine Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger geben.

2.2 Themen des Tourismus:

*Die Notwendigkeit der Stärkung, Optimierung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein ist unumstritten. Auch **DIE LINKE in Nordfriesland** sieht die Notwendigkeit Schleswig-Holstein als Urlaubsland interessant zu machen.*

Sie warnt aber davor die unsoziale und ausgrenzende Politik der CDU und der großen Koalition auch auf den Bereich Tourismus auszuweiten.

2.2.1. Für sozialverträglichen Tourismus

In der im November 2006 vom Kabinett beschlossenen Tourismus-Strategie, ist wieder deutlich zu sehen, wes Geistes Kind die Verantwortlichen sind. Im Mittelpunkt des Konzeptes stehen drei Zielgruppen, die 52,6 % der Gesamtbevölkerung entsprechen und hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Potenzials und ihrer Erreichbarkeit zu den attraktivsten Zielgruppen für Schleswig-Holstein zählen:

- Familien mit Kindern unter 14 Jahren und mittlerem bis hohem Einkommen
- Anspruchsvolle Genießer (Singles von 39 bis 55 Jahren, Paare bis 55 Jahre mit erwachsenen Kindern und einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2500 Euro monatlich)

- 'Best Ager' (Singles und Paare im Alter von 56 bis 75 Jahren)
47,4 % der Gesamtbevölkerung beachtet der Wirtschaftsminister Dietrich Austermann erst gar nicht. Schlimmer noch: Durch das Konzept schließt er diese Menschen, zu denen die gesamte Gruppe der schlechter Verdienenden und der arbeitslosen Menschen gehört, regelrecht aus.

Die touristische Infrastruktur spielt eine bedeutende Rolle im touristischen Angebotsbündel. Sie prägt neben dem natürlichen Angebot ganz wesentlich die Wahrnehmung und beeinflusst die Bewertung des Urlaubsortes durch die Gäste. Diese Bewertung strahlt wiederum auf die Einschätzung der gesamten Region aus und ist somit imageprägend für das Land.

Das darf unserer Ansicht nach nicht dazu führen, dass Tourismusangebote nur noch unter dem Druck stehen Zertifikate vorweisen zu können. Denn das bedeutet automatisch, dass diese Angebote auch teurer werden müssen.

Hier will **DIE LINKE** einen sozialen Gegenpol setzen. „Das schönste Bundesland der Welt“, wie ein bekannter schleswig-holsteinischer Radiosender immer verkündet, darf nicht einer großen Gruppe der Bevölkerung versperrt bleiben, nur weil diese Menschen nur wenig Geld besitzen! **DIE LINKE** fordert hier innovative Konzepte, z.B. „Urlaub im Baumhaus“ usw., ein und wird diese auch nach Kräften unterstützen.

2.2.3. Für sanften Tourismus

DIE LINKE möchte für uns und unseren Nachkommen eine intakte Umwelt hinterlassen. Daher setzt sie sich für eine stärkere Berücksichtigung des sogenannten sanften Tourismus ein. Dies ist eine Form des Reisens, die drei wesentliche Anliegen verfolgt:

- so wenig wie möglich auf die bereiste Natur einzuwirken bzw. ihr zu schaden,
- die Natur möglichst nah, intensiv und ursprünglich zu erleben,
- Intakte Natur und Lebensräume sind Voraussetzungen für den Tourismus. Dies erfordert die Schonung der natürlichen Ressourcen und ein landschafts- und umweltplanerisches Konzept, das eine bessere Umweltverträglichkeit des Tourismus auf allen Ebenen anstrebt.

Beim sanften Tourismus geht es um Bemühungen, dem ressourcenvernichtenden und umweltfeindlichen Massentourismus ein human- und umweltorientiertes Tourismusmodell entgegenzusetzen. Oberste Zielsetzung dieser Tourismuspolitik ist es, die Zielkonflikte von Freizeit und Umwelt weitgehend zu entschärfen. Innerhalb einer intakten Umwelt sollen die Bedürfnisse der Erholung suchenden Menschen mit den Interessen der ortsansässigen Bevölkerung in Einklang gebracht werden. **DIE LINKE** setzt sich dafür ein diese Form des Tourismus besonders zu fördern.

Bereich 3: Verbesserte Konzeption zur Verkehrsanbindung und zur Mobilität der Bürgerinnen und Bürger

- *Wer in einem Flächenland lebt, ist aus den unterschiedlichsten Gründen häufig auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen.*
- *Wenn dieses Flächenland auch noch zu einem großen Teil vom Tourismus lebt, sind gute Verkehrsanbindungen unumgänglich.*

Der, bislang von der CDU dominierte, Kreistag hat bis heute nur wenig unternommen, um eine Infrastruktur aufzubauen, die möglichst vielen Menschen in Nordfriesland die Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Daher sind Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur sowie des ÖPNV wesentliche Schwerpunkte unserer Politik. Zumal diese Verbesserungen für unser Ziel „Für ein soziales und menschenfreundliches Nordfriesland“ unumgänglich sind.

3.1. Themen der Verkehrsinfrastruktur

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist wegen des hohen Transport und Mobilitätsbedarfes in einer arbeitsteiligen Wirtschaft einer der wichtigsten Standortfaktoren. Eine Region, die auch in der Zukunft ihre Entwicklungschancen erhalten oder weiter ausbauen will, benötigt also eine gute Verkehrsinfrastruktur.

Diese kostet aber viel Geld- Wir wissen also genau, dass nicht alles gleichzeitig oder kurzfristig realisierbar ist. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel des Bundes müssen jedoch durch die Landesregierung voll ausgeschöpft werden. Wenn darüber hinaus auch das Land die notwendigen Mittel für den eigenen Straßenbau bereitstellt, können viele wichtige Projekte durchgeführt werden. Die folgenden Punkte sind als Teil eines Gesamtkonzeptes zu sehen, ohne das die Teilabschnitte nicht optimal umsetzbar sind.

Auch hier gilt wieder unser Grundsatz: Jede kommunalpolitische Entscheidung gehört auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit.

3.1.1. Für einen zügigen, bedarfsgerechten Anschluss über die Straße

- Der Ausbau der Bundesstraße 5 als bedarfsgerechte Verkehrsader Nordfrieslands ist wichtige Grundlage für die Entwicklung der Region. Besonders die Staus in den Sommermonaten sind eine Belastung. Der Weiterbau der A 23 entlang der Westküste bis nach Esbjerg bleibt auf Grund der zunehmenden Verkehrsströme auf lange Sicht unumgänglich.
- Nordfriesland muss über die A 23 frei zugänglich sein. Der Ausbau zwischen den Anschlussstellen Itzehoe - Nord und Itzehoe – Süd muss unbedingt zu Ende gebracht werden. Hier sind die Kreispolitiker gefragt.
- Bei der notwendigen Umgehung der Bundesstrasse 5 um Hattstedt, Struckum, Breklum und Bredstedt sowie für die Umgehung der B 202 um Tating sind zügige Umsetzungen notwendig.
- Dreispuriger Ausbau der Bundesstraße 5 von Heide bis zur Grenze.

- Die wichtige Querverbindung, die als Betonstraße bekannte Grenzstraße, erneuern und damit endlich dem Bedarf gerecht werden.
- Das Radwegenetz ist konsequent weiter auszubauen. Neue Kreis-Straßen sind nicht erforderlich, dagegen sollen die vorhandenen saniert und mit Radwegen versehen werden. Dabei sollen geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in den Ortslagen zur Regel werden (z. B. Verkehrsinseln an Ortseinfahrten).

3.1.2. Für einen optimierten Anschluss auf der Schiene und für mehr Service

So wichtig es uns auch ist, dass die Tourismusregion Nordfriesland gut erreichbar ist, wissen wir doch um die Umweltschäden, die ein Strom von PKWs voller Touristen mit sich bringt. Nur durch ein attraktives Angebot auf der Schiene ist eine Entlastung des Straßenverkehrs erreichbar. Zwangsmaßnahmen im Straßenverkehr, zum Beispiel durch Rückbau, werden nicht den gewünschten Erfolg haben sondern zu gefährlichen Situationen führen, und dazu, dass sich die Touristen für leichter erreichbare Ferienregionen entscheiden.

Vor allem für die Tourismuszentren, aber auch für die Wirtschaftsregion Westküste Sønderjylland/Schleswig ist eine gute Verkehrsanbindung an die großen Ballungsgebiete zwingend notwendig. Deswegen fordern wir:

- Überprüfung der NOB! Seit der Privatisierung auf den wichtigen Strecken Husum – Kiel und Hamburg – Westerland hat es immer wieder massive Beschwerden gegeben. Nordfriesinnen und Nordfriesen sind zu spät zur Arbeit gekommen und teilweise haben sie sogar ihre Arbeit verloren, weil sie nicht pünktlich bei ihrer Arbeitsstelle ankamen. Besonders betroffen waren hier die Pendler, die vom Festland nach Westerland wollten. Aber auch die, die von Husum nach Heide pendeln sind auch heute noch häufig betroffen. Ein häufiger Grund sind technische Schäden, zumeist an Lokomotiven.

Daher lautet unsere Forderung: Ersatz des zum Teil überalterten Lokomotiven- und Wagenmaterials auf der Strecke Hamburg - Westerland.

Aber auch Touristen hatten Grund zur Klage. Zum einen waren es dermaßen überfüllte Züge, dass die Ortsfremden alleine – und oft ohne Hilfe – auf dem Bahnsteig von ländlichen Bahnhöfen einfach stehen gelassen wurden. Zum anderen hatte die NOB oft dermaßen gravierende Verspätungen, dass die Reisenden ihre Reiseziele – z.B. die Inseln und Halligen – nicht mehr erreichen konnten.

Hier fordert **DIE LINKE** die verantwortlichen Politiker auf doch ein besseres Qualitätsmanagement bei der NOB zu installieren. Zudem sollten regelmäßige Qualitätskontrollen durchgeführt werden.

- Durchgängiger zweigleisiger Ausbau der Strecke Niebüll - Westerland
- Weiterer Ausbau von P + R Plätze an wichtigen Pendlerverbindungen und Schaffung von sicheren Fahrradabstellplätzen.
- Weitere Modernisierung von Bahnhöfen unter besonderer Beachtung eines behindertengerechten Ausbaus und der Verbesserung der sanitären Einrichtungen.

- Eine an den Bedürfnissen der Pendler orientierte Fahrplangestaltung mit entsprechenden Haltepunkten.

3.2. ÖPNV - Veränderungen und Alternativen sind möglich!

*Verkehrspolitik ist auch Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. **LINKE** Kommunalpolitik setzt sich für den Ausbau eines für den Bürger bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs ein, so dass, angelehnt an die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Schüler/innen, der behinderten Mitbürger/innen, der SeniorInnen, der Menschen ohne PKW, alle am sozialen Leben teilhaben können. Gerade in unserem Kreis mit relativ schlechten Verkehrsverbindungen sollte unserem Erachten nach zumindest der ÖPNV einen hohen Standard erfüllen.*

DIE LINKE in Nordfriesland fordert daher *Mobilität als Bürgerrecht!*

3.2.1. Bessere Erreichbarkeit der Fahrziele durch:

- Fahrpläne mehr auf die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger abstimmen – auch mit anderen Transportbereichen (Züge, Fähren, usw.). Hier sollten besonders die Bedarfe von Berufstätigen, hier besonders Menschen im Schichtdienst, Teilzeitbeschäftigten, Alleinerziehenden, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren sowie behinderten Menschen beachtet werden.
- Ausbau und Feinabstimmung des Routennetzes. Dabei flexiblerer Einsatz von Bustypen (große, kleine Busse, Taxen als Rufbusse) sodass auch weniger lukrative oder auch schwerer erreichbare Ziele angefahren werden können.
- Mehr Einsatz von Behinderten- und seniorenrechtlichen Fahrzeugen.
- Spät- und Nachtbusse – wenn BewohnerInnen des Husumer Umlandes bereits den letzten Bus um kurz nach 18.30 Uhr nach Hause nehmen müssen, schadet das auch der Husumer Wirtschaft.
- Fahrpreise, die auch von Menschen mit weniger Einkommen bezahlt werden können.
- Für BezieherInnen von Alg II oder Menschen mit einem vergleichbaren Einkommen fordert **DIE LINKE** ein Sozialticket.

3.2.2. Stärkung der kommunalen Wirtschaft

Der ÖPNV wird derzeit überwiegend durch die Firma Autokraft mit Sitz in Kiel gewährleistet. Dies kann in unseren Augen nur kontraproduktiv sein – und zwar auf drei Ebenen:

- Wir wollen durch die Wirtschaftsförderung regionale Wirtschaftskreisläufe in und um Nordfriesland schaffen und stabilisieren. Wir wollen damit die Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Kreis fördern, der Kapitalkonzentration entgegenwirken, bestehende kleine Unternehmen stärken und durch bedarfs- und gebrauchswertorientierte Politik Transportwege und Ressourcen einsparen und so die ökologischen Systeme schonen.
- Wir wollen einen ÖPNV, der flexibel ist und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mit unserem Landkreis, den hier lebenden Menschen und der vorherrschenden Problematik eines Flächenkreises identifizieren können.

- Wir wollen einen ÖPNV, dessen angeschlossenen Unternehmen bereit sind ein funktionierendes Netz des öffentlichen Nahverkehrs aufzubauen. Je besser, je attraktiver der öffentliche Personennahverkehr gestaltet ist, desto besser wird er ausgelastet. Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen wirken diesem Ziel entgegen. Sozialtarife für Rentner, Schüler und Personen mit geringem Einkommen erhöhen die Auslastung. Der Einsatz von Pendlerbussen sollte je nach örtlichen Gegebenheiten und Bedarf verwirklicht werden.

DIE LINKE fordert deshalb Rekommunalisierung / Entprivatisierung der Verkehrsbetriebe und ihre Kontrolle und Planung durch den Kreistag.

Bereich 4: Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik wird in zunehmendem Maß durch bundes- und landespolitische Entscheidungen bestimmt. Politik und Verwaltung im Kreis Nordfriesland müssen also zunehmend flexibler auf Veränderungen von Rahmenbedingungen reagieren. Vor Ort muss der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik eine flächendeckende Versorgung sein. Hier sind die besonderen geographischen Gegebenheiten des Kreises zu berücksichtigen.

Sechs Punkte halten wir für dringend notwendig. DIE LINKE.Nordfriesland fordert:

4.1. Bessere flächendeckende medizinische Versorgung

In Nordfriesland haben wir 5 Krankenhäuser, die strategisch relativ gut angesiedelt sind. Dennoch kann hier nicht von einer guten Versorgung gesprochen werden.

Indikatoren für stationäre und ambulante Versorgung im räumlichen Vergleich

	DEUTSCHLAND	SCHLESWIG-HOLSTEIN	NORDFRIESLAND	VERHÄLTNIS NF ZU SH
Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner	67	52	48	92 %
Ärzte pro 10.000 Einwohner (Arztdichte)	157	154	126	81 %

Auch wenn für die o.g. Indikatoren keine generellen Mindestzahlen in der Literatur gefunden wurden, gibt ein Vergleich mit dem Bund oder dem Landesdurchschnitt ersten Aufschluss über die Versorgungslage. So sind die Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner um 8 % geringer, die Arztdichte in Nordfriesland sogar um 19% niedriger im Vergleich zum Land. Gerade in unserem Kreis mit unzureichendem ÖPNV und langen Anfahrtswegen ist die mangelnde Zahl an Ärzten ein erhebliches Manko. Besonders betroffen sind wieder einmal SeniorInnen, behinderte Menschen und Nordfriesinnen und Nordfriesen mit einem geringen Einkommen.

DIE LINKE fordert dringend Anreize zu schaffen für Ärzte, damit diese sich auch auf dem Land niederlassen. Ununterbrochene Notdienste sind kein Anreiz. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert zusammen mit der Landesregierung ein sinniges Konzept zu erstellen.

4.2. Sinnvollere fachmedizinische Versorgung

Um die fachärztliche Versorgung ist es in Nordfriesland in manchen Bereichen sehr schlecht bestellt. Die Wartezeiten für einen Termin beim Augenarzt beispielsweise sind erheblich. Internisten gibt es in Husum direkt nur einen. Und in anderen Regionen des Kreises sieht das nicht anders aus. Betroffen sind wieder einmal Menschen, die finanziell

nicht so gut gestellt sind. Trotz ihres Leidens müssen sie Wartezeiten und / oder erhebliche Wege auf sich nehmen.

Wir fordern eine sinnvollere Strukturierung der ärztlichen Versorgung. Politik ist auch dafür zuständig solche Strukturen zu schaffen, die eine fachärztliche Versorgung im Flächenland auch flächendeckend garantieren.

4.3. Ordentliche Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

„Ein Krankenhaus muss wie eine Autofabrik funktionieren“, so formulierte Eugen Münsch, der Gründer der Rhön Klinikum AG, seine Strategie beim Umbau der Krankenhauslandschaft. Genau diese Haltung der Profitorientierung zu Lasten der Ärzte und pflegenden MitarbeiterInnen auf der einen Seite und der PatientInnen auf der anderen Seite, lehnt **DIE LINKE** strikt ab. Die 2002 eingeführten Fallpauschalen sind der Brandbeschleuniger der Privatisierungswelle im Gesundheitswesen. Die Bevorzugung privater Konzerne nach DRG (diagnosis related groups) durch die Einführung von marktwirtschaftlicher Steuerung im Krankenhausbereich ist unserer Meinung nach politisch gewollt und kein Versehen. Oft liefern die Schwierigkeiten, in die öffentliche und gemeinwohlorientierte Kliniken dadurch geraten sind, den Vorwand für eine Privatisierung.

DIE LINKE.Nordfriesland setzt sich dafür ein, dass dies in Nordfriesland nicht geschieht. Noch sind vier der fünf Krankenhäuser in unserem Landkreis in den Händen des Kreises – auch wenn eine private Firma bereits die Geschäfte führt. Dies muss unbedingt überwacht werden.. Privatisierungen, gerade im Gesundheitswesen, sind kontraproduktiv. Sie gehen zu Lasten der Qualität in den Krankenhäusern und vor allem zu Lasten der medizinischen Versorgung und damit unserer Gesundheit.

Wir brauchen und wollen keine Hamburger Verhältnisse. Dort ist das Risiko, an einem sogenannten Burnout-Syndrom zu leiden, für Ärzte in den vergangenen zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) im November 2007 vorgestellt hat.

DIE LINKE fordert:

- Ordentliche Bezahlung des Pflegepersonals und des ärztlichen Personals
- Humane Arbeitszeitregelungen aller Angestellten in den Krankenhäusern. So wird das Risiko eines „Kunstfehlers“ erheblich gesenkt.
- Sicherstellung, dass die Krankenhäuser weiter in der Hand des Kreises bleiben. Verzicht auf Privatisierungen im Gesundheitswesen!

4.4. Kommunalisierung der Westerländer Klinik

DIE LINKE fordert eine Entprivatisierung der Asklepios Nordseeklinik in Westerland auf Sylt.

Die Asklepios Nordseeklinik in Westerland / Sylt ist eine Privatklinik. Die Firmengruppe brüstet sich ironischerweise mit einem Leitbild auf der Grundlage der Asklepios Philosophie die der Leitfaden für die tägliche Arbeit in den Kliniken sein soll. Den

Mittelpunkt bilden die drei Hauptanliegen Mensch-Medizin-Mitverantwortung. Warum ironischerweise? In den Asklepios-Kliniken arbeiten die Mediziner laut Studie am dichtesten an der Erschöpfungsgrenze. Der Mediziner Thomas Bergner, der seit 14 Jahren von Burn-out betroffene Kollegen behandelt, weiß: "Internationale Studien belegen, dass die Zahl der Kunstfehler mit der Burn-out-Gefährdung des behandelnden Arztes deutlich steigt."

Hier ist Politik gefragt. Die Nordseeklinik in Westerland muss enteignet werden.

4.5. Maßnahmen gegen die gesundheitsschädlichen Werbekampagnen

In Schleswig-Holstein leben deutschlandweit die meisten Männer, die gemeinhin als dick bezeichnet werden. Das ist an sich nicht weltbewegend, wenn auch etwas beunruhigend. Zumal auch die Frauen durchaus „stattlich“ vertreten sind.

Viel schlimmer erscheint jedoch die Tatsache, dass Fettleibigkeit sehr stark vom sozialen Status und auch von der Schulbildung herrührt. Dies belegt die „Nationale Verzehrstudie 2“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eindeutig. Somit sind natürlich auch Kinder und Jugendliche davon betroffen, dass es in unserer Gesellschaft nur noch um Profitorientierung geht.

Das haben wir der CDU und den anderen Parteien zu verdanken, die die Wirtschaft um jeden Preis „besänftigen“ wollen. Wer, wie die große Koalition in Kiel, Unsummen an Investitionen für ein „neues Plopp“ der Flensburger Brauerei verschleudert, hat natürlich kein Geld mehr um wichtige Gegenmaßnahmen gegen die Werbeflut für billige Kohlenhydrate, Fast- und Junk-Food ins Leben zu rufen.

Was in England bereits möglich ist, muss doch auch bei uns gelingen. Dieser ständigen Manipulation von unmündigen Kindern und Jugendlichen durch gut trainierte Werbefachleute muss durch die Politik entgegengewirkt werden!

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass neben den bereits angelaufenen Projekten gegen Fettleibigkeit auch in enger Zusammenarbeit mit Krankenkassen, den Kommunen und anderen relevanten Trägern Projekte installiert werden, die ein Gegengewicht zur beständigen Manipulation durch die Werbung darstellen.

Dies ist vornehmlich aber nicht ausschließlich für junge Menschen ein wichtiges Ziel.

4.6. Prävention, Prävention, Prävention

Essstörungen, Süchte, Gewalt – es gibt immer mehr Phänomene, die uns fragen lassen, was mit unserer Gesellschaft los ist. Durch die Medien gelenkt, richtet sich die meiste Aufmerksamkeit auf Jugendliche, die scheinbar verhaltensauffällig sind.

DIE LINKE fordert wesentlich verstärkte präventive Maßnahmen. Und zwar nicht nur mit dem (wichtigen) Ziel der Aufklärung sondern mit dem erklärten Ziel Kinder stark zu machen gegen die unheilvollen Verlockungen, die unsere profitorientierte Gesellschaft bietet. Gleichzeitig fordern wir, dass Prävention, gesundheitliche Prävention und das Erlernen sozialer Kompetenz schon in Krippe und Kindergarten anfangen und in der

Schule als Unterrichtsfach fortgeführt werden. schon im Kindergarten anfängt und die Kinder und Jugendliche bis zum Verlassen der Schule begleitet.

Prävention darf nicht länger ein Nebenfeld der Pädagogik bleiben, das für die Lehrkräfte je nach Person einen ganz anderen Platz auf der Prioritätenscala hat. Es kann nicht sein, dass Kinder keine oder zu wenig vorbeugende Maßnahmen erleben, weil sie finanziell benachteiligt sind. **DIE LINKE.Nordfriesland** fordert deshalb Prävention, gesundheitliche Prävention sowie Gewaltprävention (soziale Kompetenz), fest im Schulunterricht aber auch in der Kinderbetreuung in Kindergärten zu verankern.

Wie bereits in Heidelberg möglich, sollte das Schulfach "Glück" eingerichtet werden. Zumindest könnte man mit nachmittäglichen Arbeitsgemeinschaften starten. Mehr Sport und Kochkurse (viel Obst, Gemüse und Fisch) wären schon ein großer Schritt nach vorne. DIE LINKE unterstützt die Kampagne "Fünf am Tag" - also 5mal am Tag Obst und Gemüse. Diese Kampagne könnte als konzertierte Aktion ablaufen, u. a Plakate in Arztpraxen, Krankenhäusern, Vereinsheimen, Behörden, Schulen, Kindergärten und, und und...

Einen positiven Nebeneffekt könnte heimische Landwirtschaft verbuchen..

Bereich 5: Gesellschaftspolitik

Familie und Gesellschaft sind für DIE LINKE.Nordfriesland untrennbar miteinander verquickt. Die gegenseitige Verantwortungsübernahme zwischen den Generationen sowie die Weitergabe von (Alltags)Kultur sind wesentliche Elemente eines menschenwürdigen Gemeinwesens. In Deutschland, wie auch in Schleswig-Holstein, klappt das Miteinander scheinbar nicht mehr, wie das immer lautere Rufen nach repressiven Maßnahmen seitens der Politik zu zeigen scheint. Dabei sind viele Maßnahmen auf Bundes- oder Landesebene nicht nur überzogen sondern häufig kontraproduktiv, wie Hartz IV deutlich zeigt.

Auch bei uns im Kreis kommt es immer wieder zu massiven Beschwerden – häufig von Seiten der Verwaltung und/oder der Politik. Aber auch Geschäftsleute und Kirchenmänner beteiligen sich eifrig an den verbalen Verurteilungen von jungen Menschen. DIE LINKE in Nordfriesland fordert hier zum Umdenken auf.

Ein gangbarer Weg ist für DIE LINKE, dass sich Politikerinnen und Politiker wieder bereit erklären Verantwortung zu übernehmen. Dass dies zurzeit nicht so ist, kann jeder Mensch erkennen, wenn die Wahlversprechen betrachtet werden.

Um das Gemeinwesen in Nordfriesland zu stärken, möchte DIE LINKE vier Bereiche in unserer Gesellschaft fördern:

5.1. Starke, autarke Familie

Familie ist für uns dort, wo sich Eltern um Kinder oder Kinder um Eltern kümmern. Wir müssen dabei zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht mehr immer so möglich ist, wie es erforderlich wäre. Die Zahl der Menschen, die sich in einer prekären Situation befinden, nimmt auch in unserem Landkreis zu. Leidtragende sind sowohl die Eltern als auch die Kinder. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Auch der relativ hohe Anteil an Alleinerziehenden stellt Kinder wie Eltern aber auch die Kommunen vor besondere Anforderungen.

5.1.1. Eltern die nötige Zeit geben

Die zunehmende Zahl von Berufstätigen, die aufstockendes ALG II erhalten, ist erschreckend. Diese Menschen können ihren Kindern nur ein Leben am absoluten Existenzminimum bieten, was erwiesenermaßen zur Folge hat, dass diese Kinder sozial, gesundheitlich sowie in Bezug auf Bildung und somit auch in der Berufsfindung benachteiligt sind. Die Eltern wiederum haben keine Kraft und keine Zeit, um sich so um ihre Kinder zu kümmern, wie es notwendig wäre.

Da nützen auch so wirklich gute Angebote, wie die Elternschule Nordfriesland nichts. Wenn die Eltern ihre gesamte Energie brauchen, um ihrer Arbeit nachzugehen, haben sie keine Kraft die Elternschule zu besuchen. Armut laugt aus, erst recht wenn man noch einem Vollzeitjob nachgeht.

DIE LINKE fordert die anderen Parteien auf sich für den **Mindestlohn** einzusetzen. Zudem muss als langfristige Lösung das **bedingungslose Grundeinkommen** eingeführt

werden. Nur so wird es langfristig erreicht werden, dass berufstätige Eltern wieder Ihren familiären Pflichten nachgehen können.

5.1.2. Reale Arbeitslosigkeit bekämpfen

Laut offiziellen Meldungen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten stark gesunken – jedenfalls auf dem Papier. Faktisch ist es aber so, dass ein großer Teil derjenigen Menschen, die in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr aufgeführt sind, weiter arbeitslos sind. Ein Teil ist in (Früh)Rente gegangen, ein anderer in Umschulungsmaßnahmen oder in 1-€-Jobs.

Langzeitarbeitslosigkeit hat auf Familien verheerende Auswirkungen: Bei den Erwachsenen kommt Resignation auf, bis hin zu Depressionen und Suchterkrankungen. **Hartz IV macht krank!** Bei den Kindern kommt ein No-Hope-Gefühl auf – und zwar umso schlimmer, je mehr Menschen im persönlichen Umfeld keine Arbeit finden.

DIE LINKE fordert zum Umdenken auf. Seitens der Verwaltungen muss mit offenen Karten gespielt werden. Mit den geschönten Statistiken muss Schluss sein. Denn sonst kann die Politik nicht so reagieren, wie es nötig wäre. Wir fordern daher die Einführung einer unabhängigen Kontrollinstanz, die genaue, „wahre“ Zahlen monatlich präsentiert.

Zudem müssen „Ideenschmieden“ installiert werden, damit wir in unserer Region der Arbeitslosigkeit Herr werden.

5.1.3. Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern

In den letzten zehn Jahren wurde eine Zunahme der Anzahl von Kindern festgestellt, bei denen sich deutliche Rückstände in der geistigen Entwicklung zum Zeitpunkt der Einschulung zeigten. Ein Teil der Kinder musste von der Einschulung zurückgestellt werden. Die Ursachen der Zunahme der Kinder mit Entwicklungsrückständen im Vorschulalter werden vor allem darin gesehen, dass schlechtere sozioökonomische Rahmenbedingungen bei einem zunehmenden Teil der Familien zu negativen Auswirkungen in der familiären Sozialisation führen. Ein sehr großer Teil der Familien gab schlechte finanzielle Bedingungen an. Mit ansteigender Geschwisterzahl nimmt der Anteil an weiteren Förderschülern in der Familie zu. Zahlreiche Eltern zeigten ein passives Freizeitverhalten und sorgten zu wenig für die Erweiterung des sozialen Erfahrungsraumes ihrer Kinder.

Dieser katastrophalen Entwicklung will **DIE LINKE** entgegenwirken. Sie fordert bessere und interessantere Bildungsangebote für Erwachsene, die auch bezahlbar sind. Eltern, die sich weiterbilden, entwickeln auch wieder Interessen und dann meist auch wieder ein aktives Freizeitverhalten. Dies tut ihnen und den Kindern gut, denn gemeinsame Aktivitäten verbessern das Zusammengehörigkeitsgefühl, eines der herausragenden Merkmale einer Familie.

Zudem sind Bildung und Wissensstand der Eltern – und nicht unbedingt der Schulabschluss – ein wichtiges Kriterium für die Integration von Kindern in die Gemeinschaft der Altersgenossen.

5.2. Selbstbestimmte Jugendliche

Anscheinend hat Nordfriesland ein Problem mit seinen Jugendlichen. Der SHZ berichtet von extrem alkoholisierten Mädchen unter 14 Jahren, von „Jugendtreffs“ in Bushaltestellen, Vandalismus in Bredstedt oder auch Langenhorn, von rassistisch bedingten Streitereien im Husumer Haus der Jugend und natürlich vom Sex im „Raum der Stille“ der Husumer Marienkirche.

Die Lösungen sind schnell parat: Repressionen, Platzverweise, Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Husum. Dem Konsortium der Husumer Innenstadt ist das nicht genug. Es schlägt vor den Innenstadtbereich teilweise zur alkoholfreien Zone zu machen. Natürlich nicht in den angeschlossenen Betrieben, die zumindest teilweise vom Ausschank oder Verkauf von Alkoholika leben.

DIE LINKE.Nordfriesland verwahrt sich gegen eine solche Politik. Dass es zu Problemen gekommen ist, haben ursächlich nicht die jungen Menschen zu verantworten sondern wir alle als Gesellschaft! Und in erster Linie PolitikerInnen auf Bundes- und Landesebene der etablierten Parteien.

5.2.1. Rahmenbedingungen schaffen

Johann Wolfgang von Goethe (1765):

„Ganz and're Wünsche steigen jetzt als sonst,
Geliebter Freund, in meiner Brust herauf.“

Kinder haben Wünsche, haben aber auch Bedürfnisse. Oft sind diese für Eltern relativ leicht zu erfüllen, wenn die Kinder noch jung sind. Bei den Wünschen von Jugendlichen sieht das oft schon ganz anders aus – besonders dann, wenn die Eltern sozial schlechter gestellt sind. Noch schwieriger sieht das bei den Bedürfnissen aus.

Bedürfnisse werden zum großen Teil durch das Elternhaus abgedeckt. Ist die Familie intakt, sind die wichtigsten schon gedeckt. Beispielsweise: „Ich kann meine Eltern vorzeigen ohne mich schämen zu müssen.“

Leider sind immer mehr Familien nicht intakt. Finanzielle und damit einhergehend sichtbare materielle Not kann ebenso ein Grund sein, wie mangelnde Zeit der Eltern, weil sie so viel arbeiten müssen, um finanzielle Not zu verhindern.

DIE LINKE in Nordfriesland setzt sich dafür ein, dass familienfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dauerhaft vorhalten und nicht wieder nur Notfallmaßnahmen darstellen.

5.2.2. Fairness und Vorbeugung anstelle von (Vor)Urteilen

Während aus Goethe ein schon zu Lebzeiten gefeierter Dichter wurde, werden viele Jugendliche heute zu „Tagedieben“, Nichtsnutzen“, „Pennern“, „Gammlern“, „Freaks“ und noch mehr. Jedenfalls dann, wenn man den Äußerungen des Konsortiums in Husum und anderer Organisationen glaubt, die allzu gerne in die gleiche Kerbe hauen. Diese Gruppen und ihre Vertreter würden den Alkoholkonsum in der Husumer Innenstadt – außer in ihren Betrieben natürlich – genauso gerne verbieten, wie sie manchen Jugendlichen gerne „ihre“ Stadt oder „ihre“ Einkaufsstraße verbieten würden.

DIE LINKE ist überzeugt, dass dieser Weg der falsche Weg ist. Anstelle von Vorurteilen, Repressionen und Verurteilungen sollten wir besser fragen, was falsch läuft. Das beste Mittel, so denken wir, ist die Vorbeugung. Wenn ich akzeptiert werden möchte, muss ich fragen, was ich dafür tue, dass mich mein Gegenüber akzeptiert. Fazit: Politik und Verwaltung tun, auch durch die Zwänge der Hartz IV – Gesetzgebung, alles, dass sie von sozial schlechter gestellten Jugendlichen gehasst werden. Und auch der Pastor der, von den Jugendlichen missbrauchten Marienkirche muss sich fragen lassen, ob er sein Haus denn freiwillig für junge Menschen geöffnet hatte.

DIE LINKE.Nordfriesland fordert einen zeitgemäßen Umgang mit den finanziellen Mitteln, die dem Kreis zur Verfügung stehen. Für Nordfriesland brauchen wir:

- Jugendangebote, die von den jungen Menschen auch angenommen werden.
- Präventive Maßnahmen in den Bereichen Gewalt und Sucht, die regelmäßig stattfinden, langfristig angelegt sind und die Jugendlichen auch erreichen.
- Streetworker, die auch so viel Arbeitszeit investieren dürfen, dass sie von den Jugendlichen akzeptiert werden können.
- Initiativen, die den Jugendlichen vermitteln, dass sie kein Abschaum sind sondern uns wichtig sind.

5.2.3. Für eine Schule für alle

Wir engagieren uns für Chancengleichheit in der Bildung: Wir wollen, dass alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen und individuell gefördert werden, damit sie höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Deshalb unterstützen wir die Volksinitiative „Für eine Schule für alle“.

5.3. Seniorengerechtes Nordfriesland

Mit dem Begriff „SeniorIn“ sind für uns Erfahrung, Wertschätzung und Lebensweisheit verbunden. SeniorInnen sollten stärker als bisher in das politische und gesellschaftliche Leben eingebunden sein. Doch zumeist sind ältere Menschen in unserer Gesellschaft benachteiligt. Zwar haben viele von ihnen ein Leben lang Verantwortung übernommen, doch dann werden sie „aussortiert“ und als „uninteressant“ angesehen.

DIE LINKE.Nordfriesland bekennt sich klar zu dem Ziel SeniorInnen wieder mehr in das politische und gesellschaftliche Leben einzubinden. Dazu gehört auch, dass Mobilität für alle Menschen als Bürgerrecht angesehen wird.

Des Weiteren fordert **DIE LINKE** eine seniorengerechte Infrastruktur. Der Weg zum Arzt oder zum nächsten Kaufmann darf nicht zur Tortur werden (siehe Punkt 3.2. „ÖPNV“).

Als langfristiges Ziel fordert **DIE LINKE** generationenfreundliche Wohnviertel. Diese gibt es bereits im Kleinen – beispielsweise in Berlin – durch private Investoren. Wir sind aber überzeugt, dass Projekte, die so große Bevölkerungsgruppen betreffen, nicht in private Hände gehören.

5.4 Gesellschaft stärken

*Unser Zusammenleben wird bestimmt durch soziale Verantwortung füreinander. Wir alle sind in unserer Gesellschaft aufeinander angewiesen. Zu dieser sozialen Verantwortung bekennen wir uns als **DIE LINKE.Nordfriesland** ausdrücklich.*

5.4.1. Randgruppen

Zum Zusammenleben gehören aber auch die sogenannten „Randgruppen“, wie z.B. Obdachlose. Ihnen muss ebenso ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden, wie allen anderen Menschen. Die Sanierung von kommunalen Haushalten durch den Verkauf von Wohnungen, die für Obdachlose freigehalten wurden, ist falsch. Dass diese Menschen nun in Husum in Bauwagen am äußersten Ende der Stadt untergebracht werden, ist menschenunwürdig.

Durch solche ausgrenzenden und diskriminierenden Maßnahmen wird das Zusammenleben gestört und somit die Gesellschaft geschwächt. **DIE LINKE** fordert die sofortige Unterbringung der betroffenen Menschen in menschenwürdigen Unterkünften.

5.4.2. Behinderte Menschen

Behinderte Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft und haben einen Anspruch auf unsere Hilfe. Folgende Punkte sehen wir als zwingend notwendig an:

- Sie müssen individuell integriert werden.
- Und sie haben in unseren Augen einen Anspruch auf einen Lebensraum, in dem sie sich frei bewegen können. **DIE LINKE** fordert daher absolute Barrierefreiheit im öffentlichen Raum Nordfrieslands. „Unfälle“, wie die Fehlkonstruktion des Aufzuges am Hafen müssen umgehend barrierefrei umgeändert werden.
- Die bestehenden Fahrdienste für behinderte MitbürgerInnen müssen erhalten bleiben.
- Der Einsatz von behindertengerechten Bussen im ÖPNV muss intensiviert werden.

5.4.3. Gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus – für eine offene Gesellschaft

Wir bekämpfen die neoliberale Politik und ihre Folgen wie z.B. zunehmende Unsicherheit der Menschen in ihren Lebensverhältnissen, soziale Ausgrenzung und entwürdigende Kontrollen und Gängelungen, denen arbeitslose Menschen ausgesetzt sind. Diese Zustände führen zu Politikverdrossenheit und Verzweiflung. Sie bieten einen guten Nährboden für die rechte Propaganda der Neofaschisten. Dem entgegen wollen wir mit den Verlierern/innen der neoliberalen „Reformen“ an einer sozialen und demokratischen Perspektive arbeiten. Dem Versuch der Neofaschisten, zunehmend soziale Räume zu besetzen und in den Regionen Fuß zu fassen, setzen wir als **LINKE** unseren entschiedenen Widerstand entgegen:

- Wir wollen die Politikverdrossenheit zurückdrängen und die Menschen, die sich von der Politik abgewandt haben, durch mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten reaktivieren. Unsere Ziele der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität stehen Rassismus und Ausgrenzung diametral entgegen.

- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unterstützen und aktivieren, sich gegen die Betätigung von Neofaschisten in ihrer Nachbarschaft zu wehren.
- Wir treten ein für eine stärkere Unterstützung antifaschistischer Bündnisse und Initiativen und kämpfen mit der antifaschistischen Bewegung gegen Neofaschismus, wo immer er sich zeigt.

Wir erinnern an den Grundgesetz-Artikel 139, in dem die Fortgeltung der Vorschriften der Alliierten zur „Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus“ und damit das Verbot aller NS-Organisationen und Nachfolgeorganisationen festgelegt ist. Ein NPD-Verbot würde ihre organisatorischen Strukturen erheblich schwächen sowie die Parteienfinanzierung und ihre Auftritte in Parlamenten beenden.

DIE LINKE. setzt sich für ein liberales Einwanderungsrecht und eine bewerberfreundliche Verwaltungspraxis ein. Die dezentrale Unterbringung von AsylbewerberInnen und eine intensive Betreuung müssen fortgesetzt werden. Gewaltsame Abschiebungen dürfen im Kreis nicht stattfinden! Stattdessen sollen Kontakte zwischen AsylbewerberInnen und den anderen Bürgern und Bürgerinnen aktiv gefördert werden.

Wir fordern für alle ausländischen Mitbürger/innen das kommunale Wahlrecht. Gleiches Recht für alle, die in diesem Lande leben!

Schlusswort



mag mancher Mensch denken und voll Schrecken zurückweichen. Doch Ihnen / Dir geht das bestimmt nicht so. Denn wer dieses Bild sieht, befindet sich auf der letzten Seite und hat zumindest einige Stellen unseres Wahlprogramms gelesen, vielleicht sogar alles.

Auch wenn andere Parteien gerne behaupten, dass **DIE LINKE** verboten gehöre, ist sie eine demokratische Partei. Nicht nur demokratisch gebildet mit demokratischen Strukturen, sondern auch eine Partei, deren politische Ziele der Gesellschaft dienen, und die demokratisch realisiert werden sollen.

Viele Mitglieder im Kreisverband sind zu uns gestoßen, weil sie keine Lust mehr auf Parteien hatten, die über die Köpfe der Basis hinweg eine unsoziale Politik machen, weil sie keinen Sinn mehr darin sahen, weil sie sich von Parteien belogen fühlten, weil sich ihr Gewissen Parteien widersetzte. Sie sprühen vor tollen Ideen und wir alle hoffen diese bald umsetzen zu können.

Und so sagen wir voll Stolz: „Hier ist die **neue** LINKE“! und laden Sie / Dich auf mitzumachen – durch Ihre/Deine Stimme für uns oder durch aktives



Husum, im Januar 2008

Der Vorstand des Kreisverbandes Nordfriesland